

— André Kuper, CDU —

## „Land hält Integrationspauschale zurück“

**Kreis Warendorf** (gl). Der CDU-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende André Kuper wirft der Landesregierung vor, dass sie in Zusammenhang mit der Betreuung von Flüchtlingen Bundesgeld, das eigentlich den Kommunen zustehe, zurückhalte. Der Rietberger fordert eine konkrete Unterstützung auch für die Städte und Gemeinden im Kreis Gütersloh in Form einer kommunalen Integrationspauschale in Höhe von insgesamt 8,76 Millionen Euro – und zwar noch für die-

ses Jahr. Der Betrag setzt sich nach der von Kuper vorgelegten Modellrechnung so zusammen: Borgholzhausen 231 799 Euro, Gütersloh 2 370 618, Halle 527 368, Harsewinkel 601 703, Herzebrock-Clarholz 387 831, Langenberg 203 450, Rheda-Wiedenbrück 1 166 045, Rietberg 715 077, Schloß Holte-Stukenbrock 658 135, Steinhagen 504 047, Verl 619 753, Versmold 515 732 und Werther 277 373 Euro.

Die Zahlung der Pauschale möglichst macht nach Darstellung

von Kuper die Zusage des Bundes, die Länder und Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen in diesem und den Folgejahren jährlich um zwei Milliarden Euro zu entlasten. NRW erhalte daraus 434 Millionen Euro.

In der Mitteilung des Abgeordneten heißt es weiter, die Integration der Flüchtlinge sei eine der großen Herausforderungen, vor denen die Kommunen stünden. Das Gelingen entscheide sich vor Ort. Kuper: „Ziel muss sein, unsere Städte und Gemeinden finanziell in die Lage zu versetzen, die-

se Aufgabe erfolgreich zu bestreiten. Jede Kommune soll für jeden neuen anerkannten Asylbewerber eine Integrationspauschale von 1000 Euro einmalig erhalten.“

Rot-Grün blockiere aber die von der CDU-Fraktion geforderte Entlastung der Kommunen und verhindere damit die Weiterleitung der Gelder an die Kommunen. Ganz im Gegenteil dazu sieht es nach Ansicht des heimischen CDU-Landtagsabgeordneten „ganz danach aus, dass Rot-Grün das Geld im Landeshaushalt festhalten will.“



„Rot-Grün will Bundesgelder für Integration nicht an die Kommunen weiterleiten.“ Das sagt der CDU-Abgeordnete André Kuper und kritisiert damit die NRW-Landesregierung.